

Medienmitteilung vom 16.10.2026

Parolen zu den Abstimmungen vom 29.11.2026

Die Delegierten von Aufrecht Thurgau haben zu den folgenden Abstimmungen vom 27. September 2026 ihre Parolen gefasst:

Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Nein – Die AHV ist ein zentrales Sozialwerk der Schweiz und muss langfristig finanziell gesichert werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist jedoch keine nachhaltige Lösung, sondern belastet die Bevölkerung und die Wirtschaft zusätzlich. Besonders Familien, Menschen mit tiefen Einkommen und Rentnerinnen und Rentner mit knappem Budget spüren steigende Konsumkosten im Alltag. Statt immer neue Steuern zu erheben, braucht es eine ehrliche Diskussion über die langfristige Finanzierung und die strukturellen Herausforderungen der AHV.

Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»

Nein – Feuerwerk gehört für viele Menschen zur Schweizer Tradition und ist insbesondere am 1. August und an Silvester ein fester Bestandteil des Feierns. Lärm, Umweltbelastungen und Gefahren müssen ernst genommen werden, rechtfertigen aber nicht automatisch ein schweizweites Verbot lärm erzeugender Feuerwerkskörper.

Bereits heute können Kantone und Gemeinden den Einsatz von Feuerwerk einschränken und auf die örtlichen Bedürfnisse abstimmen. Diese bewährte Zuständigkeit vor Ort ist einem pauschalen nationalen Verbot vorzuziehen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Feuerwerk lässt sich durch Rücksichtnahme und gezielte Regelungen fördern, ohne bewährte Traditionen unnötig einzuschränken.

Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»

Stimmfreigabe – Bei der Parolenfassung zur Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» kam es bei Aufrecht Thurgau zu einer Pattsituation. Da sich weder eine Ja- noch eine Nein-Parole durchsetzen konnte, wurde beschlossen, die Stimmfreigabe zu erteilen. Die Initiative wirft grundlegende Fragen zur steuerlichen Gleichbehandlung von Ehepaaren und unverheirateten Paaren sowie zur künftigen Ausgestaltung der Bundessteuern auf. In-

nerhalb von Aufrecht Thurgau bestehen dazu unterschiedliche Einschätzungen, weshalb auf eine einheitliche Abstimmungsempfehlung verzichtet wird.

Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz

Nein – Die Schweiz muss ihre Verteidigungsfähigkeit stärken können, ohne dabei ihre bewährten Grundsätze beim Export von Kriegsmaterial aufzuweichen. Die geplanten Gesetzesänderungen würden dem Bundesrat mehr Spielraum für Waffenexporte in Konfliktsituationen und für Ausnahmen von bestehenden Bewilligungskriterien geben. Dadurch steigt das Risiko, dass Schweizer Kriegsmaterial in Konfliktgebiete gelangt oder über Drittstaaten an unerwünschte Empfänger weitergegeben wird. Eine glaubwürdige Neutralität verlangt klare, verlässliche Regeln, die nicht je nach geopolitischer Lage oder wirtschaftlichem Interesse gelockert werden.

Für Fragen und weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

Pascal Singh
Präsident Aufrecht Thurgau
Mobile: 076 704 38 38
E-Mail: pascal.singh@aufrecht-thurgau.ch

Robin Spiri
Mitglied Vorstand I Kantonsrat
Mobile: 078 600 37 18
E-Mail: robin.spiri@aufrecht-thurgau.ch